

Neoliberal oder emanzipatorisch?

Bedingungsloses Grundeinkommen als Bestandteil Solidarischer Ökonomien¹

Es gibt unterschiedliche Modelle eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), daher ist die Frage, ob ein BGE einen Beitrag zu einem anderen, nicht profitorientierten Wirtschaften im Sinne Solidarischer Ökonomien leisten könnte, nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten. Es kommt darauf an, wie dieses BGE konkret ausgestaltet ist.

Unter einem BGE wird ein Einkommen verstanden, das jeder und jedem zusteht, ohne Bedürftigkeitsprüfung, das heißt unabhängig von Vermögen, Einkommen und Familienstand, und ohne dass sie oder er irgendetwas dafür tun muss, also ohne jede Arbeitsverpflichtung. Begründet wird dies zum Beispiel mit den Menschenrechten, insbesondere mit dem Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der von 160 Staaten, auch von der BRD, anerkannt wurde und diese Rechte bedingungslos garantiert.

BGE – für wen und wie viel?

Aber was bedeutet das konkret? Wer bekäme dieses BGE – und wer nicht? Alle die in der BRD leben, oder nur die mit deutschem Pass? In welcher Form wäre die bedingungslose Anspruchsberechtigung nachzuweisen? Wären Flüchtlingen selbstverständlich einbezogen? Und wie kämen Illegalisierte zur Verwirklichung ihrer Menschenrechte? In der Grundeinkommensbewegung gibt es dazu unterschiedliche Auffassungen.

Auch zur Höhe eines BGE gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Die CDU propagierte vor einigen Jahren ein Bürgergeld, auch als negative Einkommensteuer bezeichnet, in Höhe von 600 Euro. Sollte es in der BRD je zur Einführung eines BGE kommen, fürchte ich, dass es niedriger ausfiele als Hartz IV. Es kommt aber nicht nur auf die Höhe des BGE an.

Geld oder Leben?

Seit Jahren führen Privatisierungen und Schuldenabbau zu massiven Einschränkungen öffentlicher Leistungen. Und ebenso lange kämpfen Initiativen von BürgerInnen gegen die Privatisierung bzw. für die Rekommunalisierung der sogenannten Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel Wasser- und Energieversorgung, Schulen und Kindertagesstätten, Nah- und Fernverkehr, öffentlicher Wohnungsbau oder Kultureinrichtungen. Öffentliche Versorgungsstrukturen können als notwendige Bestandteile Solidarischer Ökonomien verstanden werden. Geschlossene Schwimmbäder oder Büchereien, Bahnhöfe an denen kein Zug mehr hält oder fehlende regionale Angebote sozialer Beratung oder Krankenversorgung lassen sich nicht mit kleinem Geld kompensieren. Gegen Preissteigerungen für Wohnungen, Wasser, Energie, Verkehrsmittel oder Kultur hilft auch kein BGE. Umgekehrt lässt sich die reale Teilhabe am Lebensnotwendigen nicht allein durch ein BGE herstellen, sondern erfordert dauerhaft bezahlbare oder besser noch kostenlose öffentliche Leistungen.

Ein auskömmliches BGE könnte kollektive Arbeitsprozesse vom Zwang der Verwertung befreien und damit ihre innovativen Potentiale freilegen. Es ginge dann vielleicht nicht vorrangig darum, das Produzierte am Markt zu verkaufen, sondern herauszufinden: Was möchte ich eigentlich tun? Welche Art der Tätigkeit liegt mir, worin finde ich meine Erfüllung, mit welchen Menschen möchte ich mich auf welche Art von Arbeitsprozess einlassen? Und nicht zuletzt: Wo werde ich gebraucht, was kann ich Sinnvolles machen?

¹ Dies ist die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrags aus CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstorganisation, Ausgabe Nr. 350, November 2013, Seite 11. In CONTRASTE Nr. 280, 281, 285 und 286/87 diskutierten BefürworterInnen des Götz-Werner-Modells mit Elisabeth Voß dessen Mehrwertsteuer-Modell.

Ebenso wie der Produktionsprozess befreit würde, wäre es auf Basis eines BGE auch leichter, Formen des Austauschs jenseits des Marktes zu entwickeln. An einer Ökonomie des Nutzens statt des Profits könnten dann vielleicht mehr Menschen teilhaben, als dies heute möglich ist, und nach und nach immer mehr Wirtschaftsbereiche dem Verwertungszwang entzogen und in solidarische Formen überführt werden.

Aber auch dafür wäre ein BGE allein kaum ausreichend. Über eine individuelle Absicherung des Lebensunterhalts hinaus brauchen tragfähige Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe Ressourcen. Zum Beispiel Grundstücke und Gebäude, Maschinen und Geräte, aber auch Bildung, Beratung etc. Schon immer gab es unterschiedliche Formen der Aneignung dieser Ressourcen, durch Kämpfe (zum Beispiel Land-, Haus- oder Fabrikbesetzungen), Verhandlungen (um Nutzungsrechte, Fördermittel usw.) oder Selbsthilfe (zum Beispiel indem im eigenen Umfeld die erforderlichen Mittel zusammengebracht werden, was heute als Crowdfunding bezeichnet wird). Ergänzend zu einem BGE als Instrument der Sekundärverteilung des Erwirtschafteten gehört aus meiner Sicht auch die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln und damit am Produzierten auf die politische Tagesordnung.

Wessen Freiheit – wem nützt das BGE?

Auch mit einem BGE werden weiterhin viele Menschen einer herkömmlichen Erwerbsarbeit nachgehen. BefürworterInnen eines BGE argumentieren häufig, es sei dann keineR mehr gezwungen, schlecht bezahlte Arbeitsstellen anzunehmen. Jedoch fürchte ich, dass ein BGE eher zum großen Kombilohnprogramm würde. Unternehmen bräuchten nur noch Minimallöhne zahlen, wenn keineR mehr davon leben muss, sondern das BGE obendrauf gezahlt würde. Ein BGE wäre dann eine versteckte Unternehmenssubvention. Um das zu verhindern, sollte ein BGE keinesfalls ohne flächendeckende Mindestlöhne eingeführt werden.

Ganz entscheidend ist auch die Frage, wie ein BGE finanziert wird. Der anthroposophisch orientierte Götz Werner will alle Steuern auf Einkommen abschaffen, und stattdessen eine hundertprozentige Mehrwertsteuer einführen. Für einen Unternehmer und Großverdiener sicher eine lohnende Variante, denn sein Einkommen könnte er steuerfrei behalten, während die Preise drastisch steigen würden. Allerdings habe ich nie verstanden, warum ausgerechnet diese „anthroposophische Steuerreform“ in der Öffentlichkeit so gut angekommen ist. Dass das Freiheitsversprechen, mit dem der Drogist sein Grundeinkommen versieht, die Freiheit des Unternehmers ist, wird schon aus dem Titel seiner Website deutlich: „Unternimm die Zukunft“.

Befremdlich auch die Krönungszeremonien, die von den Schweizer BGE-Vertretern Daniel Häni und Enno Schmidt inszeniert werden, nach dem Motto „Neue Königinnen und Könige braucht das Land!“ In ihrem – für mein Empfinden unglaublich manipulativen – Film „Grundeinkommen – Kulturimpuls“ ist viel die Rede von individueller Freiheit, Eigenverantwortung und Verhandlungen auf Augenhöhe, vor allem um die individuelle Höhe des Gehalts, was als emanzipatorisch beschrieben wird. Das BGE soll in bestehende Einkommen 'hineinwachsen', was nichts anderes bedeutet als Kombilohn. Viele klug redende Menschen – vor allem Männer – treten in dem Film auf und verkünden aus tiefster Überzeugung, warum genau dieses mehrwertsteuerfinanzierte BGE fast schon naturgesetzlich sei. Klaus Wellershoff, damals Chefökonom der UBS Bank, ergänzt im Film, es stehe heute „die absolute Individualisierung der Gesellschaft“ an, und dabei diene „das Geld als Mittel zur Freiheit“.

Aus gewerkschaftlicher Sicht wird dies zurecht als „**Trojanisches Pferd des Neoliberalismus**“ bezeichnet (siehe Schautafel), denn: „Die Einkommensverteilung wird noch ungleicher, die soziale Spaltung noch tiefer, der Sozialstaat noch schwächer, einschließlich der Gewerkschaften.“ (Claus Schäfer). Im Unterschied zur Finanzierung aus der Besteuerung des Konsums sollte das Existenzgeld nach dem Modell der BAG-SHI aus einer Take-Half-Abgabe finanziert werden. Das heißt auf alle Einkommen würde eine Steuer von 50 Prozent erhoben, wodurch es zu einer echten Umverteilung von oben nach unten käme (siehe Modelle).

Menschenbild?

Im BGE steckt auch die Idee von Menschen als sozialen Wesen, die ihre neu geschaffenen Freiräume für sich selbst und zum Nutzen der Gesellschaft gestalten würden. Aber ist nicht die Idee der kreativen Selbstentfaltung eine sehr mittelschichtige, die in erster Linie aus den privilegierten Erfahrungen selbsthilfefähiger AkteurInnen entspringt und viel zu wenig die vielen Anderen mitdenkt, die nie die Gelegenheit hatten zu lernen, wie sie ihre kreativen Potentiale entfalten und selbstorganisiert tätig werden können? Die Vorstellung, gerade jungen Menschen, die perspektivlos und allein gelassen in der Welt stehen, ein paar Kröten in die Hand zu drücken und ihnen dann den Rücken zuzukehren, hat etwas Bedrückendes. Aber wie heute mit ihnen umgesprungen wird, ist noch schlimmer. Arbeitszwang oder Leistungskürzung ist kein würdiger Umgang mit denen, die die Zukunft einer Gesellschaft darstellen.

Daher sehe ich eine große Aufgabe für Akteure solidarischer Ökonomien unter den Bedingungen eines BGE: Niedrigschwellige und ausreichend attraktive Arbeitsmöglichkeiten anzubieten als Befreiung aus Isolation und Ausgrenzung für die vielen, die gerne dabei wären. Auch für diejenigen, die äußerlich, in ihrer Sprache und ihrem Verhalten nicht zur alternativen oder politischen Szene gehören. Die Erfahrungen aus Beschäftigungsmaßnahmen und Bürgerarbeit zeigen ja deutlich, wie viele Menschen froh sind, selbst diese Arbeiten unter den gegebenen Zwangsbedingungen auszuführen, nur um eine Aufgabe und ein soziales Umfeld zu haben. Es sollte doch möglich sein, ihnen etwas Besseres anzubieten. Und wer diese Angebote wirklich nicht annehmen möchte, sollte sie in Würde ablehnen können und dazu nicht noch der Verfolgungsbetreuung unterworfen werden oder gar hungern müssen.

Wer macht dann die notwendigen Arbeiten?

Die fröhliche Propagierung des Müßiggangs, ja die mitunter fast schon verächtlich klingenden Äußerungen über Erwerbsarbeit von BGE-BefürworterInnen, meist Männern, klingen vor allem in den Ohren von Frauen oft irritierend. Ist doch diese Gegenüberstellung von erzwungener Erwerbsarbeit und dem eigentlich Leben in der Freizeit nur ein scheinbarer, der all die anderen Formen von Arbeit – die überwiegend von Frauen geleistet werden – ausspart. So lange sich in den Beziehungen, Familien und Nachbarschaften nichts an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verändert, ist zu befürchten, dass es auch nach Einführung eines BGE vorwiegend Männer sein werden, die den fröhlichen Müßiggang pflegen, während Frauen sich zum Beispiel um die Kinder kümmern.

Wenn ein BGE auch dazu beitragen soll, die verschiedenen Formen von Arbeit in einer Gesellschaft gleich wert zu schätzen und auch gerechter zu verteilen, dann gehört dazu zum einen eine deutliche Verringerung der durchschnittlichen Erwerbsarbeitszeit. Statt immer mehr Wochenarbeitsstunden und unbezahlte Überstunden zu verlangen, sowie die Lebensarbeitszeit immer höher zu schrauben, wäre genau das Gegenteil angesagt: Vollzeitarbeit von zum Beispiel 30 Stunden in der Woche mit Recht auf Teilzeitarbeit für alle, Stärkung der Rechte von ArbeitnehmerInnen zur Durchsetzung der Bezahlung von Überstunden und Absenkung des Rentenalters. Zum anderen wäre eine reale Gleichsetzung der Entlohnung von Frauen und Männern unabdingbar, damit nicht Frauen zu Hause bleiben und die Erwerbsarbeit den Männern überlassen.

Global gerecht?

Ein BGE alleine wird die Gesellschaft nicht verändern, könnte aber zu einer gesellschaftlichen Stimmung beitragen, in der missgünstige Enge – wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – nach und nach durch Großzügigkeit – es ist genug für alle da – ersetzt wird. Jedoch greift ein BGE nicht die Basis eines profitorientierten und ungerechten Wirtschaftssystems an, sondern basiert selbst auf der kapitalistischen Warenproduktion, deren Überschüsse es nur umverteilt. Es bleibt auf die Sphäre der Zirkulation beschränkt, ohne zum Beispiel die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln, nach der Verfügung über Ressourcen und nach einer Demokratisierung der Wirtschaft zu stellen. Bestenfalls deckt es den täglichen Bedarf ab und mindert die bitterste Armut,

aber es ändert nichts an der systembedingten Kluft zwischen Arm und Reich.

Je höher ein BGE wäre, umso mehr könnte es hierzulande das immer stärkere Auseinanderklaffen der Einkommensschere zumindest verlangsamen. Gleichzeitig würde eine nur nationale Umverteilung nichts daran ändern, dass die Menschen in der BRD als einem der reichsten Länder der Welt auf Kosten der Menschen in den verarmten Ländern des globalen Südens leben und diesen systematisch die Lebensgrundlagen zerstören. „Ein Mindesteinkommen gegen den Hunger (basic food income...), umfassender Schuldenerlass für die arm gemachten Länder und zumindest eine deutliche Begrenzung des Freihandels (...) müssten erste Schritte in einem weltweiten Grundeinkommensprogramm sein.“ (aus Werner Rätz, Hardy Krampertz).

Fazit

Ein BGE kann Bestandteil Solidarischer Ökonomien sein, wenn es ausnahmslos allen, also zum Beispiel auch Illegalisierten zur Verfügung steht und eine Höhe hat, die auch ohne Erwerbsarbeit eine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Finanzierung soll aus einer Einkommensbesteuerung erfolgen, die sich nach der Höhe des Einkommens bemisst. Es soll eingebettet sein in eine Reihe weiterer Maßnahmen – damit ein **gutes Leben für alle** möglich wird (siehe Schautafel): Bezahlbare oder besser kostenlose Bereitstellung aller öffentlichen Leistungen der Grundversorgung; Mindestlohn, geschlechtergerechte Löhne und Verringerung der Erwerbsarbeitszeit; Fortbildungs- und Arbeitsangebote auf freiwilliger Basis. Für solidarische Wirtschaften sind darüber hinaus Ressourcen erforderlich wie Grundstücke und Gebäude, Fördermittel, Bildungs- und Beratungsangebote. Ein solidarökonomisches BGE müsste konzeptionell als Teil globaler emanzipatorischer sozialer Bewegungen verstanden werden und mit Elementen einer global gerechten und ökologisch tragfähigen Ausgestaltung versehen sein.

Quellen

Daniel Häni/Enno Schmidt: Grundeinkommen – Kulturimpuls, Film 2008, online auf youtube.com

[Modelle eines Grundeinkommens – Website des Netzwerks Grundeinkommen](#)

Werner Rätz/Hardy Krampertz: Exkurs: Die arm gemachten Länder des Südens oder bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) als Projekt globaler Umverteilung, in: Werner Rätz/Hardy Krampertz (2011): Bedingungsloses Grundeinkommen – woher, wozu und wohin?, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm, Seite 15. Dieses Buch dokumentiert die [Attac-Ausstellung „Bedingungsloses Grundeinkommen“](#).

[Claus Schäfer: Bedingungsloses Grundeinkommen: Trojanisches Pferd des Neoliberalismus, in: DGB, Einblick 11/2007](#)

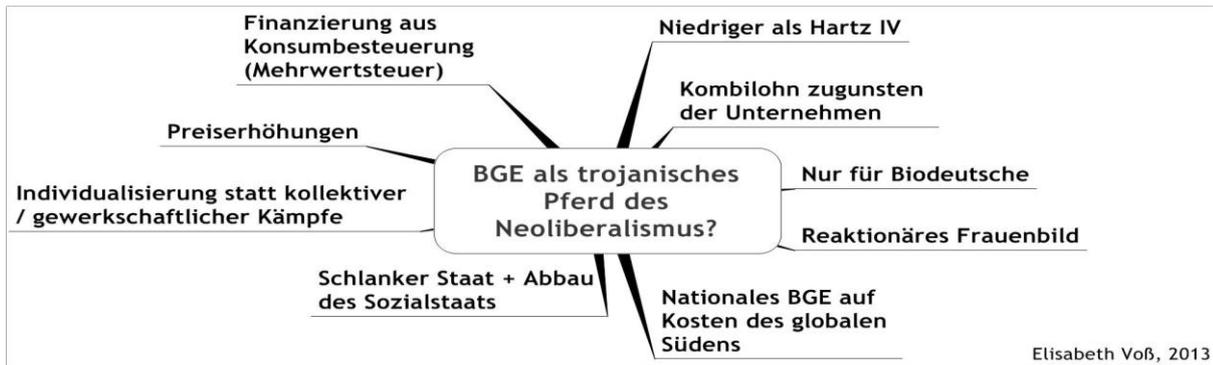
[Unternimm die Zukunft – Website von Götz Werner zum Grundeinkommen](#)

Zur Autorin

Elisabeth Voß arbeitet als Betriebswirtin und Publizistin in Berlin zu den Themen solidarische Ökonomien, genossenschaftliche Unternehmungen, Hausprojekte, Selbstorganisation, Finanzierung und Kommunikation. Sie ist Vorstandsmitglied des alternativen Unternehmensverbandes NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. und veröffentlichte 2010 den ["Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich!"](#) im AG SPAK Verlag. [Hier zu ihrer Website](#).

Zwei Schautafeln

BGE als trojanisches Pferd des Neoliberalismus?



BGE + Gutes Leben

